

Nr. 8

27. Februar 2020

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

Bund muss handeln

[Angriffe auf Staatsdiener: „Wir brauchen dringend ein Lagebild“](#)

Versorgungsbericht der Bundesregierung

[Alterssicherung Bundesbeamte: Nachhaltig finanziert und generationengerecht](#)

Personalbemessungsinstrument

[Langzeitpflege: Assistenz soll gestärkt werden](#)

dbb Bundesfrauenvertretung

[Gleichstellungsindex 2019: Mehr Mut bei Frauenförderung gefordert](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Schleswig-Holstein

[Öffentliche Finanzen: Das System ist nicht mehr zeitgemäß](#)

Berlin

[Empörung nach Kritik des Justizsenators an Sicherheitsbehörden](#)

Hessen

[Überbordende Bürokratie ärgert nicht nur die Bürger](#)

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)

[Beamten und Beamte: Ohne Diskriminierung zu Privaten?](#)

komba gewerkschaft

[Fachkräfte-Kampagne gestartet: „Beruf kann ‚jeder‘. Berufung nicht.“](#)

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

[Bisher angenommene Zahl rechtsextremistischer Gefährder unrealistisch](#)

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

[Impfpflicht: Mehrbelastung darf nicht die Schulleitungen treffen](#)

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)

[Generalzolldirektion: Evaluierung nicht ohne Personalvertretung](#)

[Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Bund muss handeln

Angriffe auf Staatsdiener: „Wir brauchen dringend ein Lagebild“

In der Diskussion um die Bekämpfung der zunehmenden Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes hat dbb Chef Ulrich Silberbach erneut das Bundesinnenministerium in die Pflicht genommen.

Die Zahl der Übergriffe müsse systematisch in einem zentralen Melderegister erhoben werden. „Wir brauchen dringend ein Lagebild, um die Dimension des Problems deutlich zu machen, Handlungsdruck gegenüber Politik und Gesellschaft zu erzeugen und passgenaue Präventions- und Schutzmaßnahmen zu entwickeln“, sagte der dbb Bundesvorsitzende der „Stuttgarter Zeitung“ (Ausgabe vom 20. Februar 2020).

Um für ein umfassendes Bild der Situation bundesweit einheitliche Standards zu gewährleisten, solle Bundesinnenminister Horst Seehofer die Initiative ergreifen. „Zuständig sind aus unserer Sicht eindeutig der Bund und dort das Innenressort – auch als Signal mit Wirkung ins ganze Land: Wer unseren Staat angreift, greift uns alle an. Die Kolleginnen und Kollegen erwarten jetzt ein deutliches Zeichen der Rückendeckung von ganz oben, warme Worte haben sie genug gehört“, betonte Silberbach.

Versorgungsbericht der Bundesregierung

Alterssicherung Bundesbeamte: Nachhaltig finanziert und generationengerecht

„Ein aktueller, durchgreifender Reformbedarf in der Beamtenversorgung ist im Hinblick auf die bereits erbrachten Einsparmaßnahmen und Leistungskürzungen und nach Maßgabe der im Bericht skizzierten Entwicklung im System der Alterssicherung der Beamten, Soldaten und Richter des Bundes nicht angezeigt.“

Das sagte der Zweite dbb Vorsitzende und Fachvorstand Beamtenpolitik Friedhelm Schäfer anlässlich eines Beteiligungsgesprächs zum Entwurf des Siebten Versorgungsberichts der Bundesregierung am 21. Februar 2020 in Berlin. „Der Anteil der Personalausgaben an den Gesamtausgaben des Bundes ist in den letzten Jahren nicht nur beständig, sondern auf deutlich unter 10 Prozent gesunken. Mit der Versorgungsrücklage und dem Versorgungsfonds sind die Versorgungsausgaben des Bundes auch zunehmend nachhaltig ausfinanziert und generationengerecht veranschlagt“, so Schäfer.

Neben der stabilen Entwicklung beim Niveau der Versorgungsausgaben des Bundes, das sich wegen des Rückgangs der finanziellen Verpflichtungen für die privatisierten Bereiche Bahn und Post zukünftig nicht wesentlich erhöhen wird, ging der dbb Fachvorstand Beamtenpolitik auch auf die Veränderungen beim Pensions-Beginn ein. „Im Vergleich zu früheren Versorgungsberichten verzeichnet die aktuelle Erhebung einen konstant niedrigen Anteil der Ruhestandseintritte wegen Dienstunfähigkeit. Das durchschnittliche Ruhestandseintrittsalter

steigt, wobei sich die Zahl der Beamtinnen und Beamten, die durch Inanspruchnahme der Antragsaltersgrenzen Abschlüsse in Kauf nehmen, ebenso erhöht wie die der Bediensteten, die nach 40 vollen Dienstjahren mit dem Höchstruhehaltssatz in Pension gehen.“

Abschließend mahnte Schäfer, die „leider oft undifferenzierte Diskussion über die Zukunft der Alterssicherungssysteme“ endlich zu konkretisieren: „Es gilt für jedes Alterssicherungssystem eine zukunftsfeste Lösung auf den Weg zu bringen, die Sicherheit für die Anspruchsberechtigten bietet und die Finanzierbarkeit des Systems gewährleistet. Für die Beamtenversorgung ist das gelungen.“

Hintergrund

Die Bundesregierung erstellt seit 1996 turnusmäßig Versorgungsberichte, um den Gesetzgeber und auch alle Beteiligten und Betroffenen objektiv über die wichtigsten Grundlagen, Veränderungen und Herausforderungen des eigenständigen Alterssicherungssystems der Beamten zu informieren. Seit 2009 beschränkt sich die Erhebung - als Folge der 2006 erfolg-

ten Föderalismusreform - auf die versorgungsrelevante Entwicklung im Bundesbereich. Der Siebte Versorgungsbericht ist derzeit in der

Abstimmung und wird vermutlich noch vor der parlamentarischen Sommerpause dem Deutschen Bundestag vorgelegt werden.

Personalbemessungsinstrument **Langzeitpflege: Assistenz soll gestärkt werden**

Die Bundesregierung hat mit der Verabschiedung des Pflegestärkungsgesetzes II ein wissenschaftliches Instrument für die Personalbemessung in der Langzeitpflege eingefordert.

In der am 25. Februar 2020 vorgestellten Berechnungssystematik der Universität Bremen sieht der dbb zwar gute Ansätze, aber kein „Allheilmittel“. Die Berechnungen nach der vorgestellten Methode würden dazu führen, dass bei der Zahl der Assistenzkräfte aufgestockt werden müsste und der Anteil der Fachkräfte am Gesamtpersonal von derzeit 50 auf dann nur noch 40 Prozent fiel. „In einem ersten Reflex kommen zweifelsfrei Sorgen hinsichtlich der Aufrechterhaltung einer hohen Versorgungsqualität auf“, so Volker Geyer, Fachvortragstarifpolitiker des dbb. „Allerdings zeigt sich bei näherer Betrachtung, dass sich der Rückgang der Fachkräftequote lediglich als Folge einer deutlichen Aufstockung der Assistenzkräfte ergibt.“ Dass der Bedarf eher bei der Assistenz gesehen wird, mache aber durchaus Sinn, so Geyer: „Derzeit übernehmen Pflegefachkräfte viele Assistenz Tätigkeiten. Umgekehrt gilt dies ebenso, wenn auch nicht in gleichem Umfang. Ein deutliches Mehr an Assistenzkräften leistet also einen wichtigen Beitrag, um die Pflegefachkräfte zu entlasten, so dass sie sich auf ihre originären Tätigkeiten konzentrieren können.“ Das führe nicht nur zu einem passgenaueren Personaleinsatz, sondern erhöhe die Arbeitszufriedenheit und mache den Pflegeberuf attraktiver.

Derzeit bestehen in Deutschland von Bundesland zu Bundesland sehr unterschiedliche Personalquoten. Die Herausforderung besteht nach Auffassung des dbb darin, den heimindividuellen Fachkräfte-Assistenten-Mix zu fin-

den. Das nun vorgestellte Tool, in dem lediglich ein paar Stellschrauben sowie die heimeindividuelle Patientenzusammensetzung eingetippt werden müssen, um anschließend die Personalquote zu erhalten, sei aber kein „Allheilmittel“, erklärte Geyer. „Besonders in kleineren Einrichtungen stößt eine vorgegebene Fachkräftequote an Grenzen, da die Anwesenheit einer Pflegefachkraft stets und in jeder Schicht gewährleistet werden muss. Darüber hinaus sieht der dbb besondere Gefahren für die Versorgungssicherheit der hohen Pflegegrade: Je höher der Anteil der Pflegegrade 4 und 5 innerhalb einer Einrichtung ist, desto höher ist nach der neuen Systematik auch die Fachkräftequote. Das setzt Anreize für die Heime, das Angebot an Pflegeplätzen mit hohen Pflegegraden zurückzufahren, da derzeit einfach nicht genügend Fachkräfte auf dem freien Markt verfügbar sind, um die Quote zu erfüllen“, so Geyer weiter. „Wir müssen aufpassen, dass eine gut gemeinte Reform am Ende nicht die Versorgungssicherheit gefährdet.“

Die Erprobung des neuen Personalbemessungsinstruments läuft bereits seit September 2019. Mit einem entsprechenden Gesetzgebungsverfahren ist mittelfristig zu rechnen. In diesem Zusammenhang stellt der dbb klar, dass Personalaufwuchs allein keine bessere Pflege sicherstellt. Daher müssten auch die Rahmenbedingungen sowie die Personalentwicklung in den jeweiligen Einrichtungen in die Gesamtbetrachtung einfließen.

dbb Bundesfrauenvertretung

Gleichstellungsindex 2019: Mehr Mut bei Frauenförderung gefordert

Die dbb bundesfrauenvertretung fordert von der Bundesregierung mehr Mut bei der Frauenförderung in den obersten Bundesbehörden. Bekannte Hindernisse in der Beförderungspraxis müssten endlich beseitigt werden.

„Von wegweisenden Fortschritten bei der Frauenförderung sind die obersten Bundesbehörden meilenweit entfernt. Die Bundesregierung muss bei der Beförderung von weiblichen Spitzenkräften deutlich mehr Mut beweisen. Es ist Zeit, aus Trippelschritten echte Sprünge zu machen. Nur dann kann das im Koalitionsvertrag vereinbarte Ziel der gleichberechtigten Teilhabe im öffentlichen Dienst des Bundes bis 2025 erreicht werden. Der Ausbau der mobilen und flexiblen Arbeit zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, wie von Bundesfrauenministerin Franziska Giffey gefordert, reicht dafür allein nicht aus“, kritisierte Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, die am 25. Februar 2020 veröffentlichten Ergebnisse des Gleichstellungsindex 2019. Danach konnte der Frauenanteil in Führungspositionen in den obersten Bundesbehörden im Vergleich zum Vorjahr um lediglich zwei Prozent auf derzeit 36 Prozent gesteigert werden. Damit wird der bisherige Höchstwert von 2018 (35,3 Prozent) nur knapp übertroffen.

Eine zentrale Ursache des fehlenden Fortschritts bei der Gleichstellung in den obersten Bundesbehörden verortet die dbb bundesfrauenvertretung in der Beurteilungspraxis: „Seit Jahren prangern wir die diskriminierungsanfälligen Verfahren im Beförderungssystem der öffentlichen Verwaltungen an. Die festgefahrenen Beförderungs- und Beurteilungsverfahren sind durchzogen von Geschlechterstereotypen, weil sie aus einer Zeit stammen, in der Frauen mit Familienpflichten lediglich die Rolle der ‚Zuverdienerin‘ zugestanden wurde. Heute

stellen Frauen längst die Mehrzahl der Beschäftigten in den obersten Bundesbehörden, und beinahe ebenso viele Frauen wie Männer sind im höheren Dienst beschäftigt. Das muss auch endlich in den Beurteilungs- und Beförderungsverfahren abgebildet werden“, stellte Wildfeuer heraus.

Darüber hinaus verwies Wildfeuer auf die sich wandelnde Arbeitswelt. „Mit der Digitalisierung haben wir eine weitere Zeitenwende erreicht. Mobiles und flexibles Arbeiten verändert nicht nur die Art, wie wir Arbeiten, sondern verlangt auch eine neue Führungskultur und eine zeitgemäße Leistungsbewertung. Hierin liegt die große Chance für den öffentlichen Dienst, eine erfolgreiche Gleichstellungsstrategie aufzusetzen. Was künftig bei dienstlichen Beurteilungen und Beförderungen zählen muss, ist weniger die Arbeitszeit oder die Mobilität als vielmehr die Produktivität. Die dienstliche Beurteilung ist der Knackpunkt, sie muss endlich in die digitale Zeit gehoben und dabei von Geschlechterstereotypen befreit werden“, forderte Wildfeuer.

Hintergrund:

Der Gleichstellungsindex wird jedes Jahr im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) vom Statistischen Bundesamt (Destatis) erstellt und ist Teil des Gesetzespaketes zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst. Die Daten im Gleichstellungsindex 2019 beziehen sich auf den Zeitraum vom 1. Juli 2018 bis zum 30. Juni 2019.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Schleswig-Holstein

Öffentliche Finanzen: Das System ist nicht mehr zeitgemäß

Obwohl die Steuereinnahmen auf Rekordniveau sind, ist es um die Leistungsfähigkeit des Staates nicht gut bestellt – gerade in vielen Ländern und den Kommunen. Vor diesem Hintergrund hat der dbb schleswig-holstein den Umgang mit den öffentlichen Finanzen grundsätzlich kritisiert.

Erstens würden mit steigenden Steuereinnahmen auch die politischen Ausgaben-Wünsche überproportional zunehmen. Damit einher gingen oft neue Aufgaben, obwohl die Ressourcen kaum für eine zuverlässige Erfüllung der bestehenden Verpflichtungen reichen, bemängelte der dbb Landesbund am 23. Februar 2020.

Zweitens hätten das Land und die Kommunen nur begrenzte Möglichkeiten, ihre finanziellen Mittel zu beeinflussen. Steuergesetze mache im Wesentlichen der Bund und dorthin fließe auch ein großer Teil der Einnahmen. Die mit Abstand meisten Gesetze würden jedoch auf Landes- und kommunaler Ebene ausgeführt. „Die Mittelverteilung folgt weder schlüssig noch ausreichend anhand der Aufgaben“, so dbb Landeschef Kai Tellkamp. Stattdessen nutze der Bund seine finanziell vergleichsweise komfortable Situation, um sich zum Beispiel mit Förderprogrammen in die Arbeit vor Ort einzumischen, etwa zwecks Modernisierung von Schulen oder Ausbau von Kindertagesstätten. „Natürlich wird das Geld gern genommen, ein Bedarf in diesen Bereichen ist unbestreitbar. Aber: Das verursacht nicht nur eine zusätzliche Bürokratie, sondern auch eine schleichende

Unterwanderung demokratischer Strukturen vor Ort, einschließlich der kommunalen Selbstverwaltung.“

Der dbb schleswig-holstein plädiere für mehrere Maßnahmen zur Lösung. Zum einen müsse gewährleistet werden, dass der Staat die ihm zustehenden Mittel auch einnimmt. Dazu gehöre eine gut ausgestattete Steuerverwaltung. „Und da gibt es in Schleswig-Holstein durchaus Nachholbedarf“, so Tellkamp. Ergänzend plädiere man für einen grundsätzlichen anderen Ansatz: „Sinnvoll wäre es, der jeweiligen staatlichen Ebene in Abhängigkeit von den tatsächlichen Aufgaben nach einem Kennzahlensystem errechnete ausreichende Mittel pauschal zur Verfügung zu stellen. So können vor Ort, wo die jeweilige Situation am besten beurteilt werden kann, in einem demokratischen Wettbewerb Prioritäten gesetzt werden. Zumindest in Bezug auf diejenigen Aufgaben, die nicht bereits durch Bundesgesetze abschließend vorgegeben sind. Deshalb ist es wichtig, dass immer auch ein Spielraum für eigene Entscheidungen verbleibt. Andernfalls wird unser föderales System dauerhaft Schaden nehmen.“

Berlin

Empörung nach Kritik des Justizsenators an Sicherheitsbehörden

Der dbb berlin hat mit Empörung auf Äußerung des Berliner Justizsenators Dirk Behrendt über die Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern reagiert.

Behrendt hatte den Beschäftigten dort am 25. Februar 2020 im Zusammenhang mit der Berichterstattung über rechtsextremistischen Straftaten vorgeworfen, sie hätten zum Teil eine „Affinität zu rechtspopulistischen und rechtsextremen Positionen“. Für diese diffamierende Behauptung gebe es keinerlei Nachweis, machte der Vorsitzende des dbb berlin Frank Becker deutlich.

„So geht man mit denen, die im Kampf gegen Extremisten aller Art ihren Dienst tun, nicht um“, sagte der Vorsitzende des dbb Landesbundes mit Blick auf die Unterstellungen. „Wir erwarten, dass der Regierende Bürgermeister die Haltung des Senats klarstellt.“

Hessen

Überbordende Bürokratie ärgert nicht nur die Bürger

„Es ist ein Alarmzeichen, wenn in vielen Berufen im öffentlichen Dienst ein großer Teil der Arbeitszeit für reine Dokumentationspflichten aufgewendet, oder besser: verschwendet werden muss“, sagt Heini Schmitt, Landesvorsitzender des dbb Hessen, am 20. Februar 2020.

Damit reagiert Schmitt auf die medial vereinzelt aufkommende Diskussion über überbordende Bürokratie. Diese erklärte der dbb Landeschef, störe auch viele Beschäftigte im öffentlichen Dienst. „Darum haben wir durchaus Verständnis für die Auffassung vieler Bürger. Wir mahnen ja selbst auch immer wieder, dass Gesetze nur für wirklich notwendige Regelungssachverhalte gemacht werden sollten. E-Scooter, private Drohnen oder die Nutzung von Busspuren für Pkw mit drei oder mehr Insassen gehören nach unserer Auffassung ausdrücklich nicht dazu.“

Häufig müssten die Beschäftigten in der Verwaltung für die Regelung selbst relativ unbedeutender Sachverhalte hunderte Seiten Gesetzestexte auf EU-, Bundes- und Landesebene – angereichert durch interne Erlasse, Bestimmungen und Dienstvereinbarungen der Verwaltung – rechtssicher und gerichtlich überprüfbar anwenden. „Der enorme Umfang einzelner Gesetze steht mitunter in krassem Gegensatz zu ihrer Bedeutung für unser Gemeinwohl“, so Schmitt. „Wenn wir beispielsweise

unsere Steuergesetzgebung oder etwa die Datenschutzbestimmungen betrachten, wird auch klar, dass bei deren Anwendung selbst Fachleute zu durchaus unterschiedlichen Ergebnissen kommen können.“

Solche bisweilen „Gesetzes- und Regelungsungetüme“ würden enorme Ressourcen binden – und das in Zeiten eines ohnehin stark auf Kante genährten Personalstands. Zudem würden so Bearbeitungszeiten unnötig in die Länge gezogen. Darüber hinaus entsteht ein enormes Konfliktpotenzial. „Denn den Ärger des Bürgers bekommen in der Regel nicht die Parlamentarier zu spüren, die die Gesetze gemacht haben, sondern die Beschäftigten in den Verwaltungen, die sie anwenden müssen“, sagte Schmitt.

Darum fordere der dbb Hessen, überflüssige Gesetze zu vermeiden und Gesetze für wirklich erforderliche Regelungssachverhalte so knapp und verständlich zu halten, dass sie für den Bürger nachvollziehbar und für die Verwaltung sachgerecht anzuwendend sind. Schmitt: „Das ist die hohe Kunst.“

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)

Beamtinnen und Beamte: Ohne Diskriminierung zu Privaten?

Immer mehr private Eisenbahnunternehmen (EVU) gewinnen Ausschreibungen im Schienenverkehr gegen die Deutsche Bahn (DB Regio). Für Beamtinnen und Beamte birgt das erhebliche Probleme. Um die zu beheben, hat die GDL eine entsprechende Petition gestartet.

Denn Beamtinnen und Beamte, so erklärt die GDL, könnten im Gegensatz zu den Tarifkräften nicht ohne gravierende Nachteile zu den Wettbewerbsbahnen wechseln und damit heimatnah weiterbeschäftigt werden. Eine Beförderung sei beim neuen Betreiber nämlich nicht möglich, selbst bei noch so guten Leistungen. Das ginge nur, wenn sich das Unternehmen ganz oder mehrheitlich im Besitz des Bundes befände. „Diese Ungerechtigkeit muss beendet werden. Außerdem müssen die Übergangsbedingungen erleichtert werden“, fordert die GDL.

Gerade in Zeiten des akuten Personal mangels von Lokomotivführern und Zugbegleitern müsse sichergestellt werden, dass Beamtinnen und Beamte ohne Diskriminierung zu den Wettbewerbsbahnen wechseln können. Die GDL fordere deshalb das Bundeseisenbahnvermögen auf, entsprechenden Druck bei den politisch Verantwortlichen aufzubauen. Zur Unterstützung des Anliegens hat die GDL auch eine Petition gestartet, die auf [change.org](https://www.change.org) unterzeichnet werden kann.

komba gewerkschaft

Fachkräfte-Kampagne gestartet: „Beruf kann ‚jeder‘. Berufung nicht.“

Unter dem Motto „Beruf kann ‚jeder‘. Berufung nicht.“ wirbt die komba gewerkschaft seit dem 27. Februar 2020 mit einer Kampagne um qualifizierte Fachkräfte.

Bereits heute greife der Fachkräftemangel immer weiter um sich, im öffentlichen fehlten 300.000 Beschäftigte. Daher demonstrierte die Kampagne, was anhaltender Fachkräftemangel zur Folge hat, so die komba: „Sie stellt jeweils eine Person in einem beruflichen Umfeld vor, für das diese offensichtlich nicht ausreichend qualifiziert ist. Ziel ist zu zeigen, dass entsprechend geeignetes Personal für die Arbeit in den vielfältigen Bereichen des öffentlichen Dienstes unerlässlich ist. Das Fachkräftegebot aufzuweichen, ist nach Ansicht der komba gewerkschaft keine Option.“

Der komba Bundesvorsitzende Andreas Hemsing sagte: „Wir brauchen in der kommunalen Welt erfahrene Kolleginnen und Kollegen ge-

nauso wie qualifizierte Nachwuchskräfte. Im öffentlichen Dienst geht es um Leistungssicherheit und Zuverlässigkeit. Der Einsatz für das Gemeinwohl und der hohe gesellschaftliche Sinn der Aufgaben ist mehr als ein Beruf. Für viele ist es Berufung. Das Werben um Fachkräfte müsse angesichts des anhaltenden Personalmangels ganz oben auf der Agenda des öffentlichen Dienstes stehen. Einige Kommunen hätten das bereits erkannt, andere müssten dieses Bewusstsein noch entwickeln. „In der heutigen Zeit ist es von großer Bedeutung, dass die Arbeitgeber an ihrer Attraktivität arbeiten. Sie müssen deutlich machen, welches Potenzial und welche Vielfalt der öffentliche Dienst den Beschäftigten bieten kann. Wir als Sozialpartnerin greifen das jetzt mit unserer Kampagne auf“, so komba Chef Hemsing.

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

Bisher angenommene Zahl rechtsextremistischer Gefährder unrealistisch

Die DPoIG geht von mehr rechtsextremistischen Gefährdern in Deutschland aus als bisher angenommen.

Gegenüber der Neuen Osnabrücker Zeitung sagte der DPoIG Bundesvorsitzende Rainer Wendt am 27. Februar 2020: „Die zuletzt genannte Zahl von rund 60 Personen ist alles andere als realistisch. Wenn der Staat näher hinsieht, werden wahrscheinlich noch deutlich mehr gefährliche Personen im Bereich Rechtsextremismus festgestellt.“

Es seien dann jedoch nicht absolut mehr Gefährder, vielmehr habe sich „das Hellfeld erweitert“. Wendt bekräftigte zudem die Forderung nach dem Einsatz künstlicher Intelligenz im Kampf gegen die Kriminalität. Er betonte, das jüngst verabschiedete Gesetz zur Bekämpfung von Hasskriminalität im Internet sei ein Mittel, um frühzeitig gefährliche Entwicklungen in sozialen Netzwerken zu erkennen und darauf zu reagieren.

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

Impfpflicht: Mehrbelastung darf nicht die Schulleitungen treffen

„Wir wehren uns mit Entschiedenheit dagegen, dass die Aufgabe, den Impfstatus zu kontrollieren, den Schulleitungen aufgebürdet wird. Diese sind bereits über Gebühr belastet“, sagte VBE Chef Udo Beckmann am 21. Februar 2020.

Dass eine Woche vor Inkrafttreten der Impfpflicht teilweise noch nicht bekannt sei, wer für die Durchsetzung zuständig ist, und in den bisher bekannten Verordnungen die Schulleitungen in die Pflicht genommen werden, beweise auf ein Neues die Realitätsferne der Politik. Beckmann: „Dabei ist in dem Bundesgesetz klar benannt, dass die oberste Landesgesundheitsbehörde entscheiden kann, dass der Nachweis über die Masernimpfung nicht der Leitung einer Einrichtung, sondern dem Gesundheitsamt oder einer anderen staatlichen Stelle gegenüber vorzulegen ist.“ Er fordert deshalb: „Die Erfassung des Impfstatus muss Aufgabe der Gesundheitsämter sein.“

Beckmann macht außerdem deutlich: „In den Ländern, in denen bereits Verordnungen erlas-

sen wurden, dass Schulleitungen den Impfstatus überprüfen sollen, müssen Schulleitungen entsprechend für diese Aufgabe vorbereitet werden und es müssen ihnen zeitliche Ressourcen bereitgestellt werden. Wir erwarten eine klare Ansage der jeweiligen Kultusministerien, welche Aufgabe dafür nicht ausgeführt werden muss. Es geht nicht an, dass ständig neue Aufgaben an Schule herangetragen werden, ohne dass auch nur einmal etwas wieder abgenommen wird.“ Darüber hinaus fordere der VBE gemeinsam mit dem Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte (BVKJ) den zeitnahen, bedarfsgerechten und flächendeckenden Einsatz von Schulgesundheitsfachkräften. Bereits vor drei Jahren waren sie mit dieser Forderung an die Gesundheitsministerien und Kultusministerien herangetreten.

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)

Generalzolldirektion: Evaluierung nicht ohne Personalvertretung

Vor vier Jahren wurde die Generalzolldirektion (GZD) gegründet. Nun hat das Bundesfinanzministerium (BMF) mit der Evaluation des Aufbaus und der Abläufe dort begonnen.

Die Evaluierung wird durch die Partnerschaft Deutschland GmbH (PD) als „Inhouse-Berater“ der öffentlichen Hand durchgeführt, die bis Ende dieses Jahres ihre Ergebnisse und Empfehlungen für das BMF und den Zoll in einem Bericht zusammenfassen wird. Dafür wird die PD auf allen betroffenen Verwaltungsebenen Gespräche, Befragungen und Workshops durchführen, um Informationen zu sammeln.

Der BDZ Chef und Vorsitzende des Hauptpersonalrates Dieter Dewes mahnte am 10. Februar 2020 bei einer Kick-off-Veranstaltung im BMF an, dass die Personalvertretungen in den

Prozess eingebunden und deren Beteiligungsrechte gewahrt werden müssten. „So stellt unter anderem eine beabsichtigte Informationsgewinnung durch eine Befragung von Beschäftigten durch die PD eine personalvertretungsrechtliche Beteiligungsform dar“, so Dewes.

Ein erhebliches Verbesserungspotential sehe die BDZ bei der Straffung der Verwaltungs- und Kommunikationsabläufe innerhalb der Zollverwaltung und dem BMF. Die derzeitigen, unverhältnismäßig langen Entscheidungs- und Abstimmungswege verzögerten dringend notwendige Fortentwicklungen und Neuerungen.

Namen und Nachrichten

Am 26. Februar 2020 haben dbb Tarifchef **Volker Geyer** und Andreas Hemsing als Mitglied der Geschäftsführung der Bundestarifkommission mit dem Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) Niklas Benrath diskutiert. Dabei stand

das komplexe Tarifjahr 2020 auf der Tagesordnung. Konkret thematisierten die Gesprächspartner die Digitalisierung, die Umwandlung von Geld in Zeit, den Nahverkehr, die Bodenverkehrsdienste sowie den Bereich der Sozial- und Erziehungsdienste.

Kommende Termine:

dbb bundesfrauenkongress

„Zurück in die Zukunft – Frauenpolitik gestern, heute, morgen“
24./25. April 2020, Potsdam

Europäischer Abend

„Unter Druck: Zivilgesellschaft zwischen Polarisierung und Repression“
27. April 2020, dbb forum berlin

dbb Forum Behindertenpolitik

„Bundesteilhabegesetz auf halber Strecke und kein Ende der Reformen“
28./29. April 2020, dbb forum berlin
